

presse

Studienplatzangebot: Bundesregierung desinteressiert

Zur Ablehnung einer systematischen Erhebung des Studienplatzangebotes im Verhältnis zu den Studienbewerbungen erklärt der stellvertretende bildungspolitische Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion Swen Schulz:

Die Bundesregierung ist offenkundig nicht interessiert an der Frage, inwieweit das Angebot an Bachelor- und Masterstudienplätzen ausreichend ist. Auf Nachfrage hat die Bundesregierung deutlich gemacht, dass ihr keine Zahlen über Angebot und Bewerbungen an den Hochschulen vorliegen und dass sie keine Erhebung plant. Dabei sind verlässliche Angaben über Bewerbungen und Studienplätze notwendig um beurteilen zu können, ob hochschulpolitische Maßnahmen ausreichen oder ob noch mehr getan werden muss.

Bei den Studienanfängern ebenso wie beim Übergang vom Bachelor- zum Masterstudium erreichen uns von einzelnen Hochschulen immer neue Meldungen, dass das Angebot bei weitem nicht ausreicht. Doch die Bundesregierung pocht auf ihre Nichtzuständigkeit und verschließt lieber die Augen, als sich mit der Wirklichkeit auseinanderzusetzen. Wer sich wie Bundesministerin Schavan gerne als Retterin der Hochschulen darstellt, darf die Fakten nicht ignorieren. Es muss darum umgehend eine solide und aktuelle Datenbasis auf Bundesebene her.